

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegraph-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 9

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herb und Scholle“

Halver

Montag, den 12. Januar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (84 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Rest 40 Goldpfennig, Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto.

1925

Hierzu ein zweites Blatt.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Reichskabinett beschloß, den französischen Vorschlägen zu einem provisorischen Handelsabkommen mit Frankreich nicht Folge zu geben. Staatssekretär Trendelenburg reiste zu weiteren Verhandlungen nach Paris ab.

* Bei der Kundgebung gegen die Nichträumung der Kölner Zone entstanden im preussischen Landtage große Stürmungen, da die Rechtsparteien gegen eine Rede des Ministerpräsidenten Braun opponierten und den Saal verließen.

* Die Reichstagsabgeordneten des Zentrums Reichspostminister Dr. Hoffe und Lange-Hegemann, die im Verlauf der Varmat-Affäre ihre Mandate niedergelegt haben sollten, haben tatsächlich nicht niedergelegt, sondern wollen ihre Mandate nur bis zur Klärung ruhen lassen.

* Generaldirektor Deser der Reichsbahngesellschaft erklärte, daß einstweilen irgendwelche Tarifveränderungen nicht in Frage kommen.

Die Beute.

Ein gut unterrichtetes französisches Finanzblatt bringt eine Mitteilung darüber, wie die Beute verteilt werden soll, die von den Einbruchsmächten im Ruhrgebiet gemacht worden ist. Bei der Verteilung soll außer den beiden Einbruchsmächten Frankreich und Belgien nur noch Italien berücksichtigt werden, England natürlich nicht. Man stellt sich also auf den Standpunkt, daß England die Besetzung des Ruhrgebietes als rechtswidrig erklärt und demnach auch an der Beute nicht teilzunehmen hat. Frankreich soll nun 318 Millionen Goldmark, Belgien 114 und Italien rund 50 Millionen erhalten. Man hat nämlich insgesamt während der 20 monatlichen Besetzung an Kohlensteuer 129 Millionen, an Zöllen 163 Millionen, an Lizenzbewilligungen 101 Millionen, aus den Eisenbahnen 67 Millionen erzielt. Aus den staatlichen Forsten hat man für 27 Millionen Holz verkauft und die Pachtgelder brachten 3 Millionen ein. Den 490 Millionen Einnahmen stehen aber Ausgaben von 184 Millionen gegenüber, so daß in den 20 Monaten der Besetzung rund 300 Millionen Überschuß erzielt worden ist. Allein an militärischen Ausgaben hat Frankreich 95 Millionen, Belgien 19 Millionen aufbringen müssen. Der übrige Rest der Einnahmen ist jener der Beschlagnahmen, Geldstrafen und Requisitionen: Frankreich hat hierfür 40 Millionen, Belgien 5,5 Millionen geraubt.

Der Überschuß ist also alles andere als überwältigend, vor allem müßte eine Gegenrechnung aufgestellt werden, was alles an wirtschaftlichen Werten durch den Einbruch in das Ruhrgebiet tatsächlich vernichtet und wie sehr außerdem die Produktion selbst gehemmt worden ist, nicht bloß in Gestalt der Besetzung, sondern weit darüber hinaus. Diese Verluste der deutschen Volkswirtschaft gehen natürlich in die Milliarden, lassen sich vielleicht zahlenmäßig auch gar nicht feststellen. Ein ganz kleines Beispiel dafür hat die deutsche Regierung in einem Gutachten gegeben, das sie beim Eintreffen der Sachverständigenkommissionen in Berlin diesen überreicht hat. Leider hat diese Tabelle, die die wirtschaftliche Schädigung der deutschen Reichsbahn durch die Ruhrbesetzung vom Januar bis zum Oktober 1923 nachweist, den einen schweren Nachteil, daß die finanziellen Ausfälle in Papiermark angegeben sind, man sich also von dem wirklichen Goldwert nur schwer eine umrechnende Vorstellung machen kann. Der Einnahmeausfall beträgt prozentual für den Güterverkehr ansteigend von 11,37 % bis zu 54,22 % der Gütertonnenkilometer gegenüber den Leistungen des Jahres 1922, d. h. der Güterverkehr war im Oktober schon auf unter die Hälfte der Leistungen des Vorjahres zusammengeschrumpft. Entsprechend waren naturgemäß auch die Einnahmen aus dem Güterverkehr auf 45 % der Vorjahreseinnahmen zurückgegangen. Ebenso ist es mit dem Sinken der Einnahmen aus dem Personenverkehr. Diese sind sogar noch mehr gefallen, nämlich bis auf rund 42 % der Leistungen des Vorjahres. Dabei ist nun im Auge zu behalten, daß in diesen Zahlen nicht nur ein Einnahmeausfall tatsächlicher Art steckt, sondern, daß bei Nichteintreten der Ruhrbesetzung die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr sich auf steigender Kurve bewegt hätten, der tatsächliche Verlust also ein noch weit größerer ist. Auch die Reichspostverwaltung bezieht ihre Einnahmeausfälle infolge des Ruhrsturzes auf 16,5 Millionen Goldmark und außerdem auch noch die besonderen Ausgaben, die ihr durch den Ruhrsturz erwachsen sind, mit über 9 Millionen Goldmark, so daß ein tatsächlicher Verlust von über 25 Millionen Goldmark allein für die Post eingetreten ist. Auch die Entwicklung Deutschlands vom Kohlenausfuhr zum Kohleneinfuhr-Land spricht eine deutliche Sprache, wobei noch die Reparationskohl außer Anschlag bleibt. Im März 1923 hat das unbesetzte Deutschland schon 2½ Millionen Tonnen Kohlen importieren müssen, was genau dem Monatsdurchschnitt der deutschen Kohlenausfuhr im Jahre 1913 entspricht. Diese Kohleneinfuhr stieg dann aber im Juni 1923 auf über 3 Millionen Tonnen. Waren doch nicht weniger als 76 % der uns verbliebenen Steinkohlenproduktion durch den Ruhrsturz der deutschen Verfügung entzogen worden.

Es kann hier, wie gesagt, nur andeutend gesprochen werden, und jenen direkten Verlusten entspricht doch immer und überall auch der Verlust der Arbeitskraft. Die wirtschaftlichen Schädigungen des Ruhrsturzes mit seinem zerstörenden Einfluß auf die gesamte deutsche Wirtschaft gehen deswegen auch aus der rasend hochschwellenden Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1923 hervor. Satten wir im unbesetzten Gebiet noch am 1. August 1923 nur 139 000 Volkerverblosse, so stieg diese Zahl bis zum 1. Dezember auf über eine Million; im Jahre 1924

Sturm im Preußenparlament.

Umstrittene Rede Brauns.

(3. Sitzung.) tt. Berlin, 9. Januar.

Zum zweiten Vizepräsidenten des Landtages wurde noch Abg. Garnich von der Deutschen Volkspartei gewählt. Die heutige Sitzung ist stark besucht. Präsident Variels eröffnet die Sitzung mit der Verlesung einer

Protesterklärung des Landtages gegen die Nichträumung der Kölner Zone.

In der Erklärung heißt es: „Nach Artikel 429 des Versailler Friedensvertrages war für die Besetzung der ersten Zone ein Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Aus der Note der alliierten Regierungen ist klar zu folgern, daß die erste Zone nicht geräumt werden soll, weil sonst die Okkupationsarmee in den rechtswidrig besetzten Gebieten von Rhein und Ruhr von Frankreich abgeschnitten werde. So soll den bisherigen Rechtsverletzungen eine neue angefügt werden. Die Begründung ist lediglich eine Bemäntelung dieses Tatbestandes. Die Erklärung nimmt dann Bezug auf den an die Alliierten ergangenen Protest der Reichsregierung und fährt fort:

Der preussische Landtag schließt sich am Vorabend des Tages, der ganz Deutschland mit neuer Empörung erfüllen muß, diesem Proteste vollinhaltlich an. Der Krieg und die Kriegsfolgen haben von Preußen die schwersten und meisten Opfer verlangt. Das Rheinland, eine der blühendsten preussischen Provinzen, ist seit Kriegsende der Willkür fremder Machtwillens preisgegeben. Das Saargebiet ist wider allem Recht tatsächlich fast ganz dem deutschen Einfluß entzogen. Die widerrechtliche Besetzung des Ruhrgebietes und der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ist immer noch nicht rückgängig gemacht. Jetzt sollen auch noch die im Versailler Friedensvertrag festgesetzten Räumungsfristen unter vorgeschützten Gründen verlängert werden.

Gegen diesen Gewaltakt legt der Landtag als die Vertretung des preussischen Volkes entschiedenste Verwahrung ein. Im Kampfe um die Befreiung der Westmark gibt es keine Meinungsverschiedenheit; das Reich und Preußen, das ganze deutsche Volk werden diesen Kampf bis zum guten Ende kraftvoll durchführen. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete aber versichert der Landtag seiner höchsten Anerkennung und steten Verehrung, ihr in ihren Leiden beizustehen.

Große Bewegung und Unruhe

entsteht im Hause, als Ministerpräsident Braun das Wort nehmen will. Wie bekannt geworden war, hatten die beiden Rechtsparteien schon im Altenterschuß beantragt, eine Rede des Ministerpräsidenten nicht zuzulassen. Als nun Braun die Tribüne betritt, verlassen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei mit wenigen Ausnahmen den Saal. Die Kommunisten brechen in tobenden Lärm aus.

Ministerpräsident Braun führt aus: Die Staatsregierung schließt sich dem vom Landtag verlesenen Protest rückhalt-

los an. Deutschland sei entwaflnet und habe den Sinn des Versailler Vertrages erfüllt. Besondere Worte des Mitgeföhls findet der Redner für das schwergeprüfte Rheinland. Aber nichts könne am Rhein das Gefühl der ewigen und festen Verbundenheit mit Preußen und dem Reiche lockern. Die preussische Regierung werde alles tun, um die Reichsregierung in dem Bestreben zu unterstützen, die baldige Räumung im Wege der Verhandlungen zu erzielen. Der Redner schließt: Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Herrschaft in unserer Volks, die sich eben in so betrübender und widerwärtiger Weise demonstriert hat, überwunden wird und wenigstens in dieser nationalen Frage eine Einheitssfront des ganzen Volkes hergestellt wird. (Beifall und Lärm der Kommunisten.)

Nachdem die Rechtsparteien wieder den Saal betreten haben, protestiert der Nationalsozialist Körner dagegen, daß Ministerpräsident Braun im Namen des preussischen Volkes spreche. Zwischen Rechts und Links erhebt sich ein mit Beleidigungen durchsetztes Wortgefecht. Kommunist Kerff fordert Freilassung der politischen Gefangenen.

Sturmjahren

entwickeln sich, als der deutschnationale Abg. Dr. Windler erklärt, die Kundgebung sei gestört worden durch die Tatsache, daß Ministerpräsident Braun gesprochen habe, obwohl er nicht mehr dazu berechtigt gewesen sei. Der Redner ist nur teilweise vernehmbar. Ebenso erhebt sich dem Nationalsozialisten Wulle. Der volksparteiliche Abg. Dr. v. Campe äußert sich in ähnlichem Sinne wie der deutschnationale Abg. Dr. Windler. Als Ministerpräsident Braun sich zur Erwidmung erhebt, verlassen die Abgeordneten der Rechten einschließlich der Volkspartei wiederum unter Zurufen der Linken den Saal. Braun sagte, es sei unmöglich, daß die preussische Regierung nicht das Wort nehme bei einer Kundgebung gegen die Nichträumung. Weder der deutschnationale noch der volksparteiliche Redner hätten das moralische Recht zu ihren Ausführungen.

Nachdem die Parteien wieder den Saal betreten haben, betont der demokratische Abg. Dr. Schreiber, daß in dieser Stunde nationaler Trauer der Parteigeist über den Geist nationaler Volksgemeinschaft triumphiert habe. Jede Regierung habe die Pflicht, bei einer solchen Kundgebung ihren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Die getriebene Opposition sei eine schamlose. Nun entwickelt sich ein Rededuell darüber, ob ein Beschluß des Altenterschuß im angeordneten Sinne der Vereinerung einer Rede Brauns gefaßt sei oder nicht. Mehrere Redner erklären, eine Abstimmung habe nicht stattgefunden, aber der Präsident Variels habe als Willen der Mehrheit festgestellt, daß der Ministerpräsident nicht sprechen solle.

Die Tagesordnung ist damit erschöpft. Die nächste Sitzung soll am Mittwoch, 14. Januar, stattfinden, um eine Erklärung der Regierung entgegenzunehmen. Dazu hat die Volkspartei folgenden Mißtrauensantrag eingebracht: „Da gemäß Artikel 45 der preussischen Verfassung bei Beginn der Tagung eines neugewählten Landtages auch der Ministerpräsident neu zu wählen ist, beschließt der Landtag: Der weiteren Tätigkeit des Ministeriums Braun fehlt die verfassungsmäßige Grundlage.“

Millionen Erwerbsloser kamen aber nun noch außerdem die 2 Millionen Erwerbslose im besetzten Gebiet. Gleichzeitig bezogen am 1. Dezember im unbesetzten Gebiet über 1,8 Millionen Personen Kurzarbeiterunterstützung, im besetzten Gebiet nahezu 800 000 Personen, so daß Ende 1923 fast die Hälfte der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung Deutschlands im vollen Umfange oder teilweise erwerbslos und von der öffentlichen Unterstützung abhängig geworden war.

Die 300 Millionen, die nun die Beute aus dem Ruhrsturz darstellen, sind also mit unendlichem wirtschaftlichen Jammer und Elend, mit in die Milliarden gehenden Verlusten erpreßt worden. Man hat den Einbruch vollzogen, weil Deutschland angeblich seine Leistungen nicht voll erfüllt habe. Um ein paar tausend Tonnen Kohlen, um ein paar tausend angeblich nichtgelieferter Telegraphenstangen willen ist dies alles geschehen. Nicht 300 Millionen, sondern fast 2 Milliarden aber hätten die Einbruchsmächte von Deutschland erhalten, wenn der Einbruch nicht stattgefunden hätte.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Dr. Jarres verabschiedet sich.

In einer Sitzung des Reichsrats, die unter Vorsitz des bisherigen Reichsinnenministers Dr. Jarres vor sich ging, nahm dieser Gelegenheit, sich zu verabschieden. Ministerialdirektor Dr. Robis hatte der Tätigkeit von Dr. Jarres ehrende Worte gewidmet. Darauf erwiderte Dr. Jarres, er müsse in der Tat Lebewohl sagen, denn der Widerstreit der Pflichten, die auf ihm lägen, ließen ihm keine andere Wahl, als sich in seine alte Tätigkeit als Oberbürgermeister nach Duisburg zurückzubegeben.

Generaldirektor Deser über die Reichsbahn.

Generaldirektor Dr. Deser hatte die Presse zu einem Vortragsabend eingeladen und hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er sich über den Status der Reichsbahngesellschaft verbreitete. Die Reichsbahn, sagte er, stehe in engstem Verbande mit Wirtschaft und Leben. Die Belastung durch die Reparationsvertragssteuer verbiete eine Rückkehr zu Friedensstarifen. Als Ersatz für die Nichtverbilligung der Tarife kündigte Dr. Deser weitere technische und betriebstechnische Verbesserungen an. Unter anderem sollen Züge mit Telefonverbindung ausgestattet werden.

Kölns Einspruch gegen die Nichträumung.

Eine große Protestkundgebung gegen die Nichträumung der Kölner Zone veranstaltete die Kölner Stadtver-

ordnetenversammlung. Oberbürgermeister A d e n a u e r verlas eine Kundgebung, in der es heißt: „Für das ganze besetzte Gebiet ist die Nichträumung der Kölner Zone der härteste Schlag, der es seit dem Zusammenbruch des Jahres 1918 trifft. Ohne Konsolidierung der deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist die erhöhte Produktivität, die der Dawes-Plan verlangt, unmöglich. Die Reichsregierung bitten wir, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die möglichst baldige Befreiung Kölns und der Kölner Zone herbeizuführen.“ Eine aus Vertretern des besetzten Gebietes bestehende Abordnung hat sich nach Berlin begeben, um der Reichsregierung die Auffassung des besetzten Gebietes über die Nichträumung der Nordzone zum Ausdruck zu bringen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident empfing den Präsidenten der zionistischen Organisation Professor Weizmann und ließ sich von ihm über die Fortschritte des jüdischen Aufbauwerkes in Palästina unterrichten.

Berlin. Die demokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, den 11. August, den Verfassungstag, zum Nationalfeiertag des deutschen Volkes zu bestimmen.

Berlin. Die Änderung des Reichspressegesetzes von 1874 verlangt ein Gesetzentwurf der demokratischen Reichstagsfraktion. Dem Gesetz soll als zweiter Absatz folgende Bestimmung eingefügt werden: „Als verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften dürfen nicht Personen bezeichnet werden, die dem Reichstag oder dem Landtag angehören.“

Berlin. Zum Vorsitz der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin wurde wieder der Sozialdemokrat S a h z zum ersten Stellvertreter der Volksparteiler Dr. Caspari gewählt.

Berlin. Der frühere sächsische Justizminister Dr. H a r n i s h, der jetzt Landgerichtsdirektor in Dresden ist, ist aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten.

Halle. Die Polizei meldet die Festnahme dreier ehemaliger wegen Geheimbündelei, Betruges und Urkundenfälschung verfolgter Mitglieder des Bikingbundes. Weiter wird mitgeteilt, daß die Polizei eine verbotene Korbach-Organisation ermittelt habe. Acht Mitglieder wurden verhaftet.

München. Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat dem Konordat und den Verträgen mit den evangelischen Landeskirchen mit 15 gegen 12 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Frier. Auf Anordnung des Organisationskomitees ist jetzt entschieden, daß den Hilfsangestellten der Regie, die nicht von der Reichsbahn übernommen werden konnten, eine Abfindungszahlung in Höhe eines Lohnes für zwei Wochen gewährt wird.

Rom. Der Papst hat den deutschen Kardinal Frä h w i r t h zum Oberprälaten ernannt.

Kairo. Der lange gesuchte Mohammedaner, der im Berberst, den ägyptischen Schutz auf den Sirdar abgegeben zu haben, von der Polizei verhaftet worden.

moblie in Frankfurt a. M. zu verschleiben. Sie gaben an, daß die Separatistenführer, um sich Geld zu verschaffen, das gleiche getan hätten. Wegen Unterschlagung wurde Pauly zu sechs Monaten und Daniels zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Deutsch-tschechische Eisenbahntreffen im Januar.

Dresden, 9. Januar. Im Laufe des Januars findet in Dresden eine deutsch-tschechische Eisenbahntreffen statt, auf der vor allem die tariflichen Fragen für den Durchgangsverkehr nach Ungarn und Rumänien zur Erörterung kommen sollen. Weiterhin wird eine anderweitige Regelung des Unkostenausgleichs und der Wagenverrechnung erörtert.

Verurteilter Redakteur.

Stolz, 9. Januar. Wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wurde der Schriftleiter der deutschen nationalen Schlawer Zeitung, Rosenau, von dem hiesigen großen Schöffengericht zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Verurteilung wegen Landfriedensbruch.

Landau, 9. Januar. In dem Answeiler Landfriedensbruchprozeß wurde folgendes Urteil gefällt: Wegen Landfriedensbruch in Tateinheit mit erschwerter Hausfriedensbruch wurden 15 Angeklagte zu Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr neun Monaten und zwei Monaten verurteilt und fünf von der Anklage freigesprochen.

Die Verteilung der deutschen Jahresleistungen.

Paris, 9. Januar. Die Finanzministerkonferenz hat die Verteilung der deutschen Jahresleistungen unter Beteiligung Amerikas auf Montag vertagt.

Frankreichs Befürchtungen.

Paris, 9. Januar. Während die Mehrzahl der Berliner Korrespondenten der Pariser Presse die Weiterentwicklung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen heute nicht ungünstig beurteilen und glauben, Trendelenburg werde in Paris die Möglichkeit darlegen, über ein provisorisches Zollstatut zwischen Deutschland und Frankreich auf sechs Wochen

zu verhandeln, erklärt der Berliner Vertreter des "Petit Parisien", daß Deutschland lediglich zögere, die Verantwortung für den vollkommenen Abbruch der Verhandlungen zu übernehmen. In Deutschland betone man selbst in den gemäßigten Kreisen, daß Frankreich bei einem Tarifkrieg mehr zu verlieren habe als Deutschland.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Der Schwarzfänger mit dem ungebrauchten Detektorapparat. Ein Barn- und Mahuruf für alle Radiobesitzer, ihre Apparate bei der Post anzumelden, ist ein Prozeß vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Kaufmann Rudolf Post hatte in seiner Wohnung einen Detektorapparat. Auf die anonyme Anzeige eines "lieben" Nachbarn ließ die Postverwaltung den Apparat beschlagnahmen. Post behauptete, daß sein 14-jähriger Sohn den Kasten von einem Freunde leihweise von Beruf sei, als Spielzeug geschenkt bekommen habe. Er, der Angeklagte, habe sich darum nicht gekümmert, da sein Geschäft ihn sehr in Anspruch nähme. Er übernehme aber jede Verantwortung. Der vernommene Sachverständige bezeichnete das Hörinstrument als Detektorzellenapparat, der betriebsfertig, doch nicht im Betrieb gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von drei Tagen eine Geldstrafe von 30 Mark und Einziehung des Apparats. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 30 Mark Geldstrafe, im Nichterreichungsfall für je 10 Mark einen Tag Gefängnis.

Börse und Handel.

* Berliner Börsenbericht vom 9. Januar. Die immer noch ungelöste Regierungskrise übte auf die Börse eine stark verstimrende Wirkung aus und die Bantwelt ebenso wie die berufsmäßige Spekulation beobachteten die größte Zurückhaltung, lediglich von Seiten des Publikums und namentlich aus Westdeutschland lauten nennenswerte Kaufaufträge vor.

Das Ausland war in der Hauptsache als Verkäufer am Markt. Die Kursveränderungen bewegten sich im allgemeinen in engen Grenzen. Bemerkenswert fest lagen Kolonialwerte. Der Rentenmarkt lag still bei durchschnittlich gut behaupteten Kursen.

* Die Berliner Devisenbörse vom 9. Januar nennt am 1. 1. 1925: Dollar 4,19-4,21; engl. Pfund 20,07-20,12; holl. Gulden 170,34-170,76; Danz. 79,70-79,90; franz. Frank 22,51-22,57; belg. 20,88-20,94; schwed. 81,38 bis 81,58; Italien 17,67-17,71; schwed. Krone 113,01 bis 113,29; dän. 75,11-75,29; norweg. 64,27-64,43.

Amthliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Erbsen je 1000 Kilogr., sonst je 100 Kilogr.		9. 1.		8. 1.	
Weiz., märk.	230-242	238-243	Weiz., f. Br.	15,9-16,0	16-16,2
pommerscher	—	—	Roßk. f. Br.	15-15,2	15-15,2
Roßk., märk.	228-234	220-235	Raps	405	405
pommerscher	—	—	Leinsaat	420-425	420-425
westpreuß.	—	—	Viktoria-Erbf.	31-35	31-36
Futtergerste	202-213	200-218	fl. Speiseerb.	20-22	20-22
Brangerste	281-293	281-293	Futtererb.	19-20	19-20
Hafer, märk.	175-184	175-184	Feluchsen	15-16	15,0-16,0
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	18-19	18-19
westpreuß.	—	—	Widen	16-18	16-18
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	11-13	11-13
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	16	16
Wln. br. inf.	—	—	Seraballa	10-12	10-12
Sad (feinst.)	32,5-34,7	32,7-35	Rapskuchen	18-18,2	18-18,2
Wln. u. Rot.	—	—	Leinöl	26	26
Roßgarmehl	—	—	Trodenschl.	9,5	9,4-9,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Buchsch.	—	—
Wln. br. inf.	—	—	Torschl. 30/70	9,6-10	9,6-10
inf. Sad	31,7-34,5	32-34,7	Kartoffelsf.	19-19,5	19,5-19,6

Schriftleitung Wtlh. Bell jr., Halber t. Westf.

Wir stellen ein:
einen
Fallhammerschmied
(für leichten Hammer)
einige Arbeiter
sowie
Frauen u. Mädchen
für die Packstube.
Plate & Boerster
Kierspe.

Zum sofortigen Eintritt
Arbeiter
für die Fabrik gesucht.
Zu Ostern wird ein
Lehrling
für die Schlosserei sowie
Junge oder
Mädchen
für die Packstube
gesucht.
August Berghaus,
Abtlg. Fabrik,
Oberbrügge.

Grosse Vorteile
bringt Ihnen der Besuch meines
Inventur-Ausverkaufs
Beginn: Montag, 12. Januar morgens 8 1/2 Uhr
Selbst weiteste Wege sind lohnend.
da ich bei außer den auffallend billigen Preisen noch bei Einkäufen von 30 Mk. an die Leser dieses Blattes Fahrtvergütung gewähre.
Strauss & Schiff Nachf.
Lüdenscheld.

Ordentl. Junge mit
guter Schulbildung kann
zu Ostern als

Lehrling

eingestellt werden.

H. Köhler

Installations-Geschäft
Halber.

Habe wieder



Pferde
zum Kauf
u. Tausch
sowie 2 prima Män-
nerländer preiswert zu
verkaufen

Gerh. Terhorst
Gankel, b. Grünbaum.

Eine hochtragende



Ruh
und eine
kleine
Milchzentrifuge
steht zum Verkauf bei
Ww. Wtlh. Alberts
Halber.



Lasset die Kindlein zu mir kommen.

Heute mittag 1 1/2 Uhr holte
Gott der Herr nach kurzem,
schweren Leiden unser innigstge-
liebtes Töchterchen, mein liebes
Schwesterchen

Gerda

im Alter von 2 Jahren 1 Monat
zu sich in die Ewigkeit.

In tiefstem Schmerz:

Fritz Benninghaus

und Frau

Anna geb. Feldmann

Ilse Benninghaus.

Hinterste Berg b. KierspeBhf.,
den 9. Januar 1925.

Die Beerdigung findet am Montag,
den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr vom
Sterbehause aus statt.

Achtung!

Landwirte.

Freiwill. Versteigerung.

Wegen Umstellung der Landwirtschaft werde
ich am Mittwoch, d. 14. Januar 1925 im Auftrage des
Gutsbesizers Karl Häser, Haus Jsenburg
bei Kierspe

30 Kühe und Rinder,

alle prima hochtragende original frische
Tiere mit nachweisbar hervorragenden
Milchleistungen,

15 erstklassige Pferde

Kalt- und Warmblüter, darunter 1a.
Lugus- und Lieferwagengespanne,
prämierte Oldenburger Hengste, tra-
gende belgische Stuten, sowie gute
Arbeitspferde;

ferner einen großen Posten landw.
Maschinen und Geräte, Ackerwagen,
Gigs, Kutschwagen, Halbverdeck und
dergl. mehr

öffentlich meistbietend gegen bar und Kredit
versteigern.

Sammelpunkt für Käufer:

Haus Jsenburg bei Kierspe.

Wagen zum Abholen stehen in Kierspe-
Bhf. und Station Könsahl an den Morgen-
tagen bereit.

Anfang 9 Uhr morgens

Meinerzhagen, den 6. Jan. 1925.

Behage,

Obergerichtsvollzieher.



Gerner & Co., Hagen

Alberfelderstr. 80. Fernruf 3580 u. 4184.

Jugendchriften

auch für die reifere Jugend

für Knaben u. Mädchen

in großer Auswahl vorrätig

Wtlh. Bell jr., Halber.

Ringfrei

**Auto-Möbeltrans-
porte. 12 Referenzen**

Spedition, große Sammlager
für alle Güter. Transporte
aller Art.

Westtrans

(Westdeutsche Transport Gesellschaft)

Hagen i. W. (am Odeon)

Dahlenkampstraße 4

Fernsprecher 3954 und 4528.

Billigste

Preisstellung.

Beseitigung von Tierkadavern.

Nach der Kreispolizeiverordnung vom
17. Dezember 1924 sind die Kadaver aller ge-
fallenen oder nicht zu Schlachtzwecken getöteten
Pferde, Gel, Maultiere und Maulesel, Tiere des
Rindergeschlechts, Schweine, Schafe und Ziegen
mit allen ihren Teilen einschließlich der Haut,
Haar, Hörner, Hufe und Klauen an die Tier-
kadaververwertungsanstalt in Niedersturm-
berg zu überweisen.

Der Tierbesitzer oder sein Beauftragter hat
der Firma **Otto Heuser in Niedersturmberg**
bei Dhl (Rheinland) Amt Wipperfurth, Telefon
Nr. 56 nach Kenntnis von dem Fallen oder
Töten eines Tieres unverzüglich mündlich, tele-
phonisch oder telegraphisch Anzeige zu erstatten und
die Abholung zu veranlassen. Dieselbe Anzeige
ist auch der Ortspolizeibehörde zu erstatten.

Die Gebühren- und Vergütungsordnung für
die Beseitigung der Tierkadaver liegt im Amts-
hause, Zimmer 8 und in der Verwaltungs-
geschäftsstelle Schalksmühle zur Einsicht offen.

Uebertretungen der Verordnung unterliegen,
sofern nicht nach anderen Bestimmungen eine
höhere Strafe verwirkt ist, einer Geldstrafe bis
zu 150 Mk., an deren Stelle im Unvermögens-
falle eine entsprechende Haftstrafe tritt.

Halber, den 6. Januar 1925

Die Polizeiverwaltung.

Der Not der Zeit entsprechend

liefern ich bei Barzahlung

Damen-Sohlen u. Abzüge v. 2,80 Mk. an

Herren-Sohlen u. Abzüge v. 3,80 Mk. an

bei Verarbeitung von 1a. Kernleder.

Alle anderen Reparaturen, sowie

Neuanfertigung ebenfalls billig.

H. Heinzeroth, Schuhmachermeister
Kierspe-Bhf., Windfuhr.

Milchverfandscheine

mit und ohne Namensdruck

liefert schnell und billigt

die Geschäftsstelle dieser Zeitung.



Flügel - Pianos

der Hofpianofabriken
Ibach, Schiedmayer & S.,
Schwechten, Zeltner & Winkel-
mann, Spaethe, etc.

Bequeme Zahlg. Freie Lieferrg.

Dr. KOMP & MICHAEL, HAGEN I. W.

Das Haus der Marken-Klaviere

Weststraße 2, Ecke Karlstraße.